

Immer auf die „Kleinen“!

In wenigen Wochen, ab 1. Januar 1989, startet die CDU/CSU/FDP-Regierung mit der sogenannten „Gesundheitsreform“ einen weiteren unverschämten Angriff auf den Geldbeutel der „kleinen Leute“. Das gesamte Vorhaben läuft auf eine „Zwei-Klassen-Medizin“ hinaus. Nur wer zuzahlen kann, wird bedarfsgerecht versorgt. Leider sind es aber nicht nur diese Kosten, die auf die Bürger zukommen. Die „Steuerreform“, die „Rentenreform“, und weitere Kürzungen im Sozialbereich treffen im Grunde auch immer diejenigen, die „die Mark zweimal umdrehen müssen“. Allein in der ersten Hälfte dieses Jahres stieg die Verschuldung der Bundesbürger um 7,31 Mrd. Mark. 60% die Haushalte sind in irgendeiner Weise verschuldet, durchschnittlich mit 15 000 Mark. Angesichts dieser Lage finden wir es schon als ein starkes Stück, wenn Bürgermeister Brehl und 1. Stadtrat Jourdan erneut die Anhebung städtischer Gebühren fordern. Angesichts der Bonner Sozialabbau-Maßnahmen sollten wenigstens sozialdemokratisch regierte Kommunen Zurückhaltung üben.

Aus unserer Sicht verdient dieser Gesetzentwurf nicht den Namen einer Reform. Er erfüllt in keiner Weise die Anforderungen an eine notwendige echte, an den gesundheitlichen Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientierte Strukturreform des Gesundheitswesens.

Die „Strukturreform“ des Ministers Blüm ist Teil umfassender wirtschafts- und sozialpolitischer Vorhaben der Regierungskoalition, mit denen die Verteilungsverhältnisse weiter zugunsten des Kapitals verschoben werden sollen. Der Gesetzentwurf zielt auf eine Umverteilung zu Lasten der Kranken und die Untergrabung der solidarischen Gesundheitssicherung.

Der VdK, der Verband der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentner, hat in einer Broschüre die „mißratene Gesundheitsreform“ hart kritisiert: „Die Zeche zahlen die chronisch Kranken, Behinderten und Rentner.“

Die Bundesregierung versucht mit einem aufwendigen Werbefeldzug, die allein im ersten Quartal '88 sechs Mill. Mark kostete, den Griff in die Taschen der Bürger zu verschleiern. Dies aber wird schwerlich gelingen, denn wir alle

werden im nächsten Jahr die Auswirkungen spüren.

Die Liste der Leistungskürzungen ist lang. Hier können deshalb auch nur wenige Stichworte angeführt werden.

- Die Rezepte werden teurer (2 auf 3 Mark pro Arzneimittel). Die Gebühren bei Massagen etc. steigen.
- Es wird eine Selbstbeteiligung bei Arzneimitteln eingeführt.
- Brillen und Hörgeräte werden teurer.
- Für eine Vierwochen-Kur muß man demnächst 440 Mark zahlen.
- Der Zahnersatz muß künftig vorfinanziert werden. Die zahnärztliche Behandlung soll künftig zu 50% vom Versicherten getragen werden.

Fortsetzung Seite 2



- Das Sterbegeld soll abgebaut werden, es sei nicht mehr „zeitgemäß“.

Diesen Horrorkatalog kann man fortsetzen. Fortsetzen muß man aber auch den Widerstand gegen die endlosen Ausplünderungsmaßnahmen auf **allen** Ebenen. Hoffen wir außerdem, daß am 12. März 1989 noch daran gedacht wird — dann nämlich ist Kommunalwahl und dann gehört der CDU/FDP einen Denkkzettel, den sie nicht so schnell vergessen.

Gesundheit!?!



Forderungen der DKP

1. Die medizinische Grundversorgung muß auf dem höchstmöglichen Niveau gesichert und weiter ausgebaut werden.
2. Allen muß — unabhängig vom Einkommen und sozialem Status — der Zugang zu den medizinisch notwendigen und aufgrund des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes möglichen Vorsorgeleistungen gewährleistet werden.
3. Vorsorge und Früherkennungsmaßnahmen müssen in verstärktem Maße durchgesetzt werden. Dazu gehören vor allem auch die Verhinderung bzw. Vorbeugung von Schäden von Umwelt- und Arbeitsbedingungen sowie den sozialen Bedingungen.

Grundwasser und Menschen werden in unserer Gemarkung weiterhin gefährdet

Bereits im Juni-„blickpunkt“ dieses Jahres warnten wir vor einer weiteren Boden- und Grundwasserverseuchung durch Überdüngung und versprühten Pflanzenschutzmitteln. Inzwischen ist von der Stadt dagegen noch nichts unternommen worden. Aufgrund jüngster Ereignisse schrieben wir an den Magistrat. Der Brief hat folgenden Wortlauf:

Sehr geehrte Damen und Herren, das Gelände zwischen Mörfelden und Walldorf wird von auswärtigen Landwirten seit Jahren bewirtschaftet. Hier wird bereits das sechste oder siebente Jahr hintereinander Roggen angepflanzt, mit zufriedenstellender Ernte. Dies ist nur möglich durch reichlich Düngung und verstärkte Anwendung von Pestiziden (Pflanzenschutzmittel).

Die letzte Sprühung mit diesen Giften erfolgte Ende Oktober, Anfang November, als die Apfelbäume noch voll mit Früchten hingen. Da sehr viele Bürger unserer Stadt abwarten, ob das Obst von evtl. Eigentümern geerntet wird, gehen sie erst sehr spät auf die Felder und bedienen sich mit Fallobst. Dies wurde öfter beobachtet an den letzten Wochenenden.

Frage an den Magistrat:

Ist das versprühte Mittel „Tribunil“ für die Erwachsenen und Kinder,

die oft auf den Feldwegen spazieren gehen, unschädlich? (Bei einer Fernsehsendung vor noch nicht allzulanger Zeit wurde von sehr großer Schädigung der Bürger durch Sprühmittel berichtet.)

Ist es unbedenklich, wenn Bürger unserer Stadt Fallobst verwenden, das Tage vorher besprüht wurde?

Ist es unverantwortlich, daß Landwirte mit diesen Sprühgeräten, aber auch mit Zerstäuben von künstlichem Dünger an den letzten Wohnhäusern und deren Gemüsegärten vorbeifahren?

Wird kontrolliert, wie oft die Böden gedüngt werden müssen wegen der vieljährigen gleichen Fruchtfolge und können Sie bestätigen, daß diese Überdüngung und die versprühten Pestizide dem Grundwasser und somit dem Trinkwasser nicht schaden?

Für eine Beantwortung unserer Fragen wären wir Ihnen sehr dankbar.
Heinz Hechler



Bürger aus Mörfelden-Walldorf besuchten während einer Israelreise in Jerusalem die Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust, Yad Vashem. Hier steht in der Allee der Gerechten, die den Nichtjuden gewidmet ist, die ihr Leben zur Rettung von Juden aufs Spiel setzten, auch ein Baum für Wilhelm Hammann, den Ersten Landrat des Kreises Groß-Gerau nach dem Kriege. Er erhielt für die Rettung jüdischer Kinder im KZ Buchenwald als einer von hundert deutschen Nichtjuden den Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“. Die Besucher legten an dem zu seinen Ehren gepflanzten Baum auf Bitte und namens der DKP Mörfelden-Walldorf ein Blumengebinde nieder.

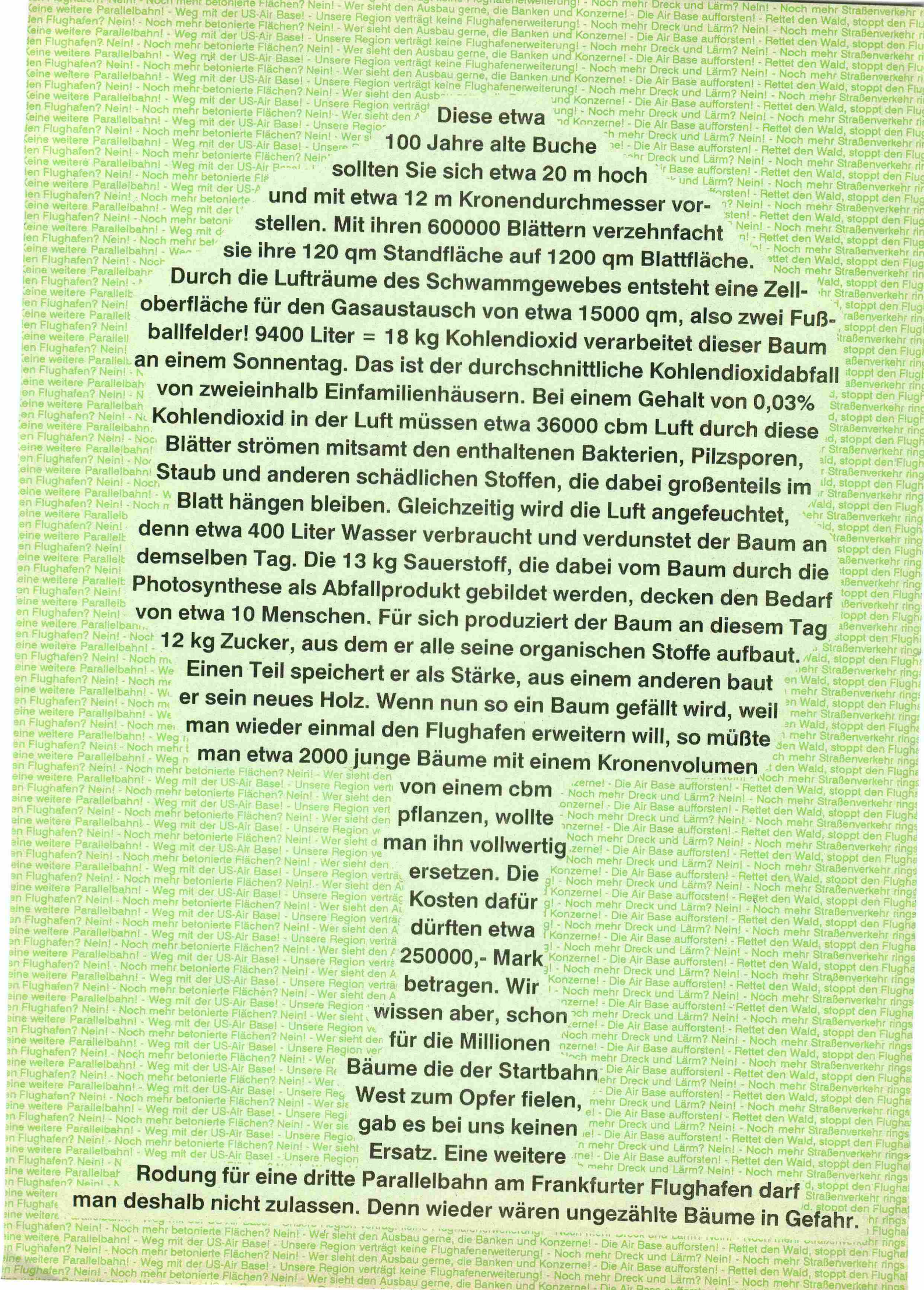
Diese etwa 100 Jahre alte Buche sollten Sie sich etwa 20 m hoch und mit etwa 12 m Kronendurchmesser vorstellen. Mit ihren 60000 Blättern verzehnfacht sie ihre 120 qm Standfläche auf 1200 qm Blattfläche.

Durch die Lufträume des Schwammgewebes entsteht eine Zelloberfläche für den Gasaustausch von etwa 15000 qm, also zwei Fußballfelder! 9400 Liter = 18 kg Kohlendioxid verarbeitet dieser Baum an einem Sonnentag. Das ist der durchschnittliche Kohlendioxidabfall von zweieinhalb Einfamilienhäusern. Bei einem Gehalt von 0,03% Kohlendioxid in der Luft müssen etwa 36000 cbm Luft durch diese Blätter strömen mitsamt den enthaltenen Bakterien, Pilzsporen, Staub und anderen schädlichen Stoffen, die dabei großenteils im Blatt hängen bleiben. Gleichzeitig wird die Luft angefeuchtet, denn etwa 400 Liter Wasser verbraucht und verdunstet der Baum an demselben Tag. Die 13 kg Sauerstoff, die dabei vom Baum durch die Photosynthese als Abfallprodukt gebildet werden, decken den Bedarf von etwa 10 Menschen. Für sich produziert der Baum an diesem Tag 12 kg Zucker, aus dem er alle seine organischen Stoffe aufbaut.

Einen Teil speichert er als Stärke, aus einem anderen baut er sein neues Holz. Wenn nun so ein Baum gefällt wird, weil man wieder einmal den Flughafen erweitern will, so müsste man etwa 2000 junge Bäume mit einem Kronenvolumen

von einem cbm pflanzen, wollte man ihn vollwertig ersetzen. Die Kosten dafür dürften etwa 250000,- Mark betragen. Wir wissen aber, schon für die Millionen

Bäume die der Startbahn West zum Opfer fielen, gab es bei uns keinen Ersatz. Eine weitere Rodung für eine dritte Parallelbahn am Frankfurter Flughafen darf man deshalb nicht zulassen. Denn wieder wären ungezählte Bäume in Gefahr.



"blickpunkt" Wahlinformation Nr. 7 Kommunalwahl 12. März 1989

Über den Wert eines einzigen Baumes ist mancher verblüfft. Aber die Berechnungen stimmen. Schon als man die Bäume für die Startbahn West umsägte, beschrieben wir im "blickpunkt" den unersetzlichen Verlust. Über 500 Hektar Wald wurden, trotz gewaltiger Demonstrationen, die von der gesamten Bevölkerung getragen wurden, umgesägt. Danach hörte man in Wiesbaden - es waren die letzten Rodungen. Heute, wenige Jahre später, bastelt man an den Plänen einer dritten Parallelbahn, und wieder soll Wald fallen. Soll man das einfach alles hinnehmen?

Damals, während der Startbahn-Diskussionen, sprach man kaum vom Waldsterben. Heute stirbt der Wald, bei uns, und in vielen anderen Ländern. In wenigen Jahren hat sich die Umweltsituation dramatisch verschlechtert. Heute weiß man, das Ozonloch wird täglich größer, das Klima verändert sich, die Robben sterben, die Meere werden langsam vergiftet. Man fragt sich, wie soll denn die Welt von morgen aussehen, in die unsere Kinder von heute hineinwachsen? Gibt es bald nur noch eine Chemikalien-, Plastik- und Blechnatur? Oder können wir eine Umwelt erhalten in der man noch leben kann? Die Fragen richten sich an jeden von uns!

Wir sagen seit vielen Jahren: unsere Region verträgt keine weitere Flughafen-Erweiterung. Jeder kann dabei unsere Arbeit verfolgen. In den letzten 14 Ausgaben des "blickpunkt" gibt es allein 24 Beiträge zu den Flughafenerweiterungsplänen und zur US-Air Base. Immer wieder greifen wir Umweltprobleme auf. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Bewußtseinsbildung der Bevölkerung.

Viele Bürger sehen dies anerkennend. Aber gleichzeitig merkt man, die ganze Dramatik der Entwicklung wird in unserem Stadtparlament offenbar noch gar nicht begriffen. Die CDU steht hinter den Kräften, die sich aus Profitgründen für den Flughafenausbau einsetzen, die SPD ist in dieser Frage ziemlich gelähmt, die GBL zeigt sich unfähig, die politischen Kräfte zusammenzuführen.

Das war schon mal anders. Damals war allerdings die DKP noch im Stadtparlament. Wir meinen, auch in der Stadtverordnetenversammlung muß zu den Ausbauplänen wieder eine klare Sprache gesprochen werden. Deshalb muß die DKP wieder ins Rathaus. Helfen Sie ihr dabei - am 12. März 1989.

Roßtäuscher

Der F.D.P.-Ortsverband Mörfelden-Walldorf führte dieser Tage per Flugblatt eine Bürgerbefragung über die Fusion zwischen Walldorf und Mörfelden durch. Dazu muß in Erinnerung gerufen werden, daß die FDP im Jahre 1977 mit der stärksten Betreiber der Fusion war.

Die DKP hat damals gegen die Fusion gestimmt, weil sie dies für eine undemokratische Maßnahme hielt, und wir der Meinung waren, daß, wenn zwei arme Gemeinden heiraten, noch lange keine reiche Stadt entsteht.

Auf die Frage an den FDP-Vertreter, der die Befragung am Minimal durchführte, was er denn für eine Meinung habe, antwortete er: „wir haben noch gar keine Meinung, wir wollen diese von den Bürgern hören“. Diese Meinung hätten sie 1977 erfahren können, wenn sie eine Bürgerbefragung, wie von der DKP gewollt, durchgeführt hätten. Die Bürger unserer Stadt wissen, daß SPD, CDU und FDP uns die Fusion mit all den Nachteilen, wie weitere Wege zur Verwaltung, teuren Kanalverbund, Probleme mit der Wasserversorgung und den Kläranlagen, mit kostspieligerer Abwasserbeseitigung, beschert haben.

Wer heute, wie die FDP, kurz vor der Kommunalwahl eine Bürgerbefragung zur Fusion durchführt, betreibt eine schäbige Täuschung der Bürger unserer Stadt.

Die FDP war und ist eine Partei des „Großen Geldes“ — sie war nie Interessenvertreter der kleinen Leute. Sie ist immer nach der Seite „umgefallen“, wo sie ihre Posten sichern konnte. In unserer Stadt war sie stets für Gebührenerhöhungen und außerdem würde diese „Geflickte“ Schmieregeld-Partei zur Mehrheitsbeschafferin der CDU in unserem Stadtparlament.

Daran sollten die Bürger bei der kommenden Kommunalwahl denken.

Heinz Hechler



Mahnwache der DKP am 50. Jahrestag der Reichspogromnacht am Gedenkstein für unsere ehemaligen jüdischen Mitbürger.

50 Jahre danach

In Mörfelden gab es, 50 Jahre nach der Reichspogromnacht, Gedenkstunden am Mahnmal für die ehemalige Synagoge und eine würdige Veranstaltung der Kirchen und der Stadt.

Das ist gut — aber es war nicht immer so. Als ich 1971 für einen „blickpunkt“-Beitrag erstmals nach der Geschichte der ehemaligen jüdischen Bürger in unserer Stadt forschte, fand ich unter dem Rathausdach nur staubige alte Kisten und im Rathaus selbst Unverständnis. Man konnte damals zwar leicht feststellen, wieviel Hafer Gustav Adolfs Pferde im 30jährigen Krieg in Mörfelden verbrauchten — das Schicksal der Mörfelder Juden aber lag im Dunklen.

Die DKP Mörfelden hat in den folgenden Jahren viel dazu beigetragen, daß Licht in dieses Dunkel kam. Wir schrieben ungezählte „blickpunkt“-Artikel und veröffentlichten örtliche Geschichtsbücher. Auf Initiative des Kommunisten Michael Denk und der damaligen DKP-Fraktion wurde auch der Gedenkstein am Rathaus errichtet.

Die Stadt Mörfelden-Walldorf selbst hat in vorbildlicher Weise ihren Beitrag geleistet, damit unsere jüdischen Nachbarn von gestern nicht vergessen werden.

Das solche antifaschistischen Manifestationen notwendig sind, zeigen viele Ereignisse gerade in diesen Tagen.

Da gibt es nach wie vor Ausländerhaß, Hetze gegen Minderheiten.

Da formieren sich die Neonazis in der Nachbarstadt Langen.

Während der DKP-Feier am Mörfelder Mahnmal stört eine Person mehrmals mit „Heil Hitler“, und das DKP-Gebinde mit der Schleife „Nie wieder Krieg — Nie wieder Faschismus!“ wird noch in der Nacht entwendet. Am nächsten Tag wird am DGB-Kranz die Schleife verbrannt. Zufälle? Nein — Zufälle sind das alles nicht. Auch die skandalöse Jenninger-Rede war kein Zufall.

Man muß gerade auch an solchen Tagen darauf hinweisen, daß man den „Retter“ der Kinder von Buchenwald“, den Kommunist und ehemaligen Landrat Wilhelm Hamann, zwar in Israel ehrt, aber im Kreis Groß-Gerau im Grunde verschweigen will.

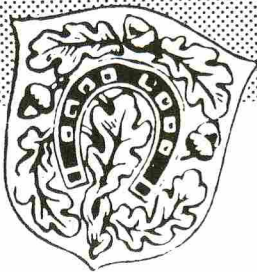
So gesehen hätte ich mir auch die Veranstaltung im Bürgerhaus etwas konkreter gewünscht.

Weil sich ein Pogrom wie das vom 9. November 1938 niemals, auch nicht ansatzweise, wiederholen darf, muß man fordern:

- Schluß mit Rassismus und Ausländerfeindlichkeit! Gleichberechtigung für unsere ausländischen Mitbürger!
- Unterbindung und strafrechtliche Verfolgung jeglicher neofaschistischer Propaganda!
- Entfernung allen nationalistischen und gewaltverherrlichenden Ungeistes aus den Schulbüchern!
- Auflösung und Verbot aller neofaschistischer Gruppierungen und Parteien! Rudi Hechler

VEREINE IN UNSERER STADT

18



Die Judokas der SKV

Judo, der Kampfsport aus dem fernen Osten, einst japanische Domäne, hat sich inzwischen zu einer weltweit betriebenen Sportart entwickelt. Entstanden aus der Selbstverteidigung, geprobt von den „Samurai“ für den Ernstfall, in erster Linie auf dem Schlachtfeld, ist Judo zu einer friedlichen Sportart geworden.

Dies ist vor allem dem Japaner Jigoro Kano zu verdanken, der die Entwicklung vom Ju-Jitsu zum Judo (sanfter Weg) betrieb, da ihm immer wieder die unnötige Härte auffiel. Es gründete vor über 100 Jahren die erste Judo-Schule basierend auf dem Prinzip des Nachgebens und der Charakter- und Persönlichkeitsbildung.

Entwicklung in Deutschland — Anfang in Mörfelden

Im Jahre 1905 wurde in Berlin und 1920 in Frankfurt die ersten Judo-Clubs gegründet. Aber erst nach dem zweiten Weltkrieg nahm diese Sportart einen ungeahnten Aufschwung, so daß die Zahl der westdeutschen Judokas bis 1969 auf über 90 000 anwuchs. Seit Jahrzehnten ist Judo eine Disziplin bei Olympischen Spielen und wird in allen Staaten nach einheitlichen Regeln betrieben.

Im Jahre 1968 wurde von dem Initiator und ersten Trainer Rudloff und den Sportfreunden Manfred Dammel, Kurt Kemmler, Erich Bernhard, Alfred Hardt, Karlheinz Geiß u. a. in der Gaststätte „Zum Goldenen Apfel“ die Mörfelder Judo-Abteilung gegründet, die sich dem Sportverein „Kickers“

anschloß. Nach der Aufbauphase wurden erste Kontakte zu Berlin und Fulda geknüpft und Freundschaftskämpfe ausgetragen.

Von den Kickers zur SKV

Mit dem Gedanken, bei einem Großverein besser aufgehoben zu sein und nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, wurde am 24. Januar 1973 von den Mitgliedern der Vereinswechsel zur SKV beschlossen. Da alle Aktiven diesen Wechsel mittrugen, war auch bald ein Aufschwung und weiterer Mitgliederzuwachs zu verzeichnen.

Die Jahre des Aufbaues innerhalb der „Kickers“, aber auch die erste

Zeit unter den Fittichen der SKV, wurden stark geprägt von der leider zu früh verstorbenen langjährigen Vorsitzenden der Abteilung und Trainerin Bärbel Siegel. Sie hat viel Zeit und Kraft investiert für die Heranbildung junger Menschen an den Judo-Sport.

Allgemeine athletische Ausbildung

Heute zählt die Abteilung 195 Mitglieder und konnte, allein ab September dieses Jahres, 35 Neuzugänge von Schülerinnen und Schülern bis 14 Jahre, verzeichnen. Als Trainer fungieren Jürgen Wallenhauer aus Dornheim und der langjährige Abteilungsvorsitzende Siegfried Dauth sowie die Übungsleiter Manfred Dammel, Oliver Hechler, Karsten Jost und Kai Schluckebier.

Im Training wird außer den Fall- und Wurfübungen auf der Tatami (Matte) dem Erlernen der Kampftechnik im Dojo (Übungsraum) auch ausgiebig Gymnastik betrieben und auf eine allgemeine athletische Ausbildung Wert gelegt.

Von den Übungsleitern war zu erfahren, daß durch den Sport ängstliche Kinder ihre Angst verlieren und daß das Selbstvertrauen und der Körper allgemein gestärkt werden.



Die Mörfelder Judosportler in ihrem traditionellen weißen Anzug. Im Vordergrund Roland Schulze und Karsten Jost bei einem Wurf mit dem japanischen Namen YOKO-OTOSHI. Stehend von links: Gregor Kunz, Kati Messinesis, Selcuk Can, Hakan Erduan, Manfred Dammel und Andreas Leist, aufgenommen im Frühjahr 1988 anlässlich einer Gürtelprüfung.

Gürtelprüfung

Eine wichtige Rolle in der Ausbildung zum Judoka spielen die jährlichen Gürtelprüfungen. Schüler und Schülerinnen beginnen mit weißen Gürteln (6. KYU), die mit steigendem Rang über gelb, orange, blau, braun (1. KYU) immer dunkler werden. Die Meister tragen den schwarzen Gürtel, den es in 10 Graden (1 bis 10 DAN) gibt. KYU-Prüfungen können nur DAN-Träger abnehmen, bei der SKV sind dies die Trainer J. Wallenhauer und S. Dauth (Vorsitzender der Abteilung).

Derzeit nimmt keine der Mannschaften an Meisterschaften teil, der letzte Wettstreit um den Bezirksmeister war 1985. Außer Freundschaftstreffen werden einmal im Jahr Vergleichskämpfe mit den Judo-Mannschaften aus Langen und Niederrodern durchgeführt. Es beteiligen sich je Verein 16 Teilnehmer, aufgeteilt in Schüler, Jugendliche und Erwachsene, wobei die SKVler oft den zweiten Platz errangen. Am Ende eines jeden Jahres finden interne Vereinsmeisterschaften statt.

Herausragende Leistungen wurden in letzter Zeit von den Schülerinnen Claudia und Cornelia Richter (12 bis 14 Jahre) gezeigt, die beide den blauen Gurt (2. KYU) errangen. Auch die Schüler standen dem nicht nach, so errang Stuart Jobson orange und Philipp Böttcher den blauen Gurt.

Auch bei den Judokas fehlen Hallenplätze

Beklagt wird von den Verantwortlichen, daß oft begabte Judokas von der Judo-Hochburg Rüsselsheim angezogen werden. Ein ähnlicher Vorgang ist leider bei vielen Sportarten heute festzustellen.

Trainiert wird im Sportlerheim, worüber auch Zufriedenheit herrscht, da der dortige Krafraum mit genutzt werden kann und die Matten nicht immer weggeräumt werden müssen.

Jedoch für das Ausrichten von Meisterschaften und Freundschaftskämpfen fehlen Hallenplätze, so daß diese Veranstaltungen außerhalb durchgeführt werden müssen. Ein Zustand, der uns bisher von allen in der Halle sporttrei-

benden Vereinen und Abteilungen vorgetragen wurde.

Abschließend kann man feststellen, daß es sich um eine rege Abteilung handelt, die wertvolle Jugendarbeit in unserer Stadt leistet.

Heinz Hechler

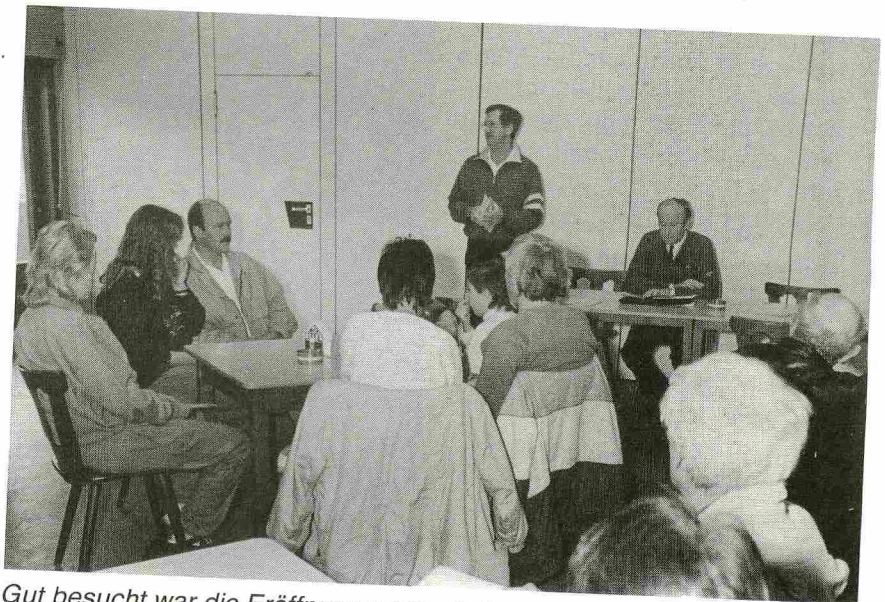
Trainingszeiten:

Schüler, Jugendliche und Erwachsene dienstags und freitags von 17.00 bis 21.15 Uhr im Sportlerheim am Stadion.



Es war ein gelungener Sonntagabend, den die SKV-Gesangsabteilung mit ihrem Chorkonzert unter dem Motto „Lieder der Völker“ bot. Alle kamen auf ihre Kosten und waren begeistert. Mit dem neuen Dirigenten Helmut Happel scheint der Verein einen guten Griff getan zu haben. Er holte das letzte aus dem Chor heraus, begleitete am Klavier, griff zur Geige und war sich zur Ansage und Führung durch das Programm, nicht zu schade.

Es traten auf der gemischte Chor, der Männerchor und der, gegenüber früheren Konzerten in seiner Leistung gewachsenen Frauenchor. Nicht zu vergessen die beiden Solisten Herbert Völker (Baß) und Margret Baron (Sopran). Begleitet am Klavier von Ralf Baitinger und Stefan Kuchler sowie der Kinderchor unter der Leitung von Rosmarie Luley.



Gut besucht war die Eröffnungsveranstaltung der SKV zur 2. Aktion „Fit durch den Winter“, die jetzt anlief. Die Aktion geht vom 6. November bis Februar '89. Eine gemeinsame Aktion zur Gesundheit durch Sport, richtige Ernährung und autogenes Training der Abteilungen Wintersport, Leichtathletik sowie Turnen und Gymnastik. Jede Woche wird dreimal Sport geboten, und zwar mittwochs und freitags in der Kurt-Schumacher-Halle um 20.00 Uhr und sonntags 10.00 Uhr Ausdauertraining im Waldstadion.

Die Region verträgt keine erneute Flughafenerweiterung

Die Diskussion um einen weiteren Flughafenausbau gehen verstärkt weiter. Ministerpräsident Wallmann (CDU) sagt: Es gibt keine Pläne die Startbahn West als Landebahn zu nutzen und bei den Flughafen-Ausbauinvestitionen von 5,3 Milliarden Mark ist eine weitere Parallelbahn nicht enthalten. Wirtschaftsminister Alfred Schmidt (FDP) fordert, wie seine Hintermänner bei der Industrie- und Handelskammer, eine dritte Startbahn.

Die CDU möchte wegen der bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen möglichst keine Diskussion um die geplante Erweiterung. Staatssekretär Gerald Weiß, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion: „Mit dem Startbahngerede muß endlich Schluß sein!“ CDU-Landtagsabgeordneter Georg Sturmowsky: „Die Diskussionen sind völlig unnötig!“ Was ist von all diesem Gerede zu halten?

1. Man kann sicher sein, wenn man jetzt über fünf Milliarden investiert, dann wird man morgen sagen: „Wir haben so viel reingesteckt, wir brauchen eine weitere Bahn, sonst sind die Arbeitsplätze in Gefahr“.
2. Die FAG ist z.Z. emsig bemüht, mit Spenden, Landaufkäufen und andere Maßnahmen das Umland zu korrumpieren. Man hat gelernt. Ein Massenprotest wie bei der Startbahn West will man nicht noch einmal riskieren.
3. Der ehemalige FAG-Chef Becker hat es selbst formuliert: „Eine dritte Parallelbahn würde sich rechnen“. (Vor allem für die Banken und Konzerne des Rhein-Main-Gebietes müßte man hinzufügen.)

Klar ist, trotz der Arbeitsplätze, die der Flughafen bringt, „rechnet“ sich die Erweiterung für die Flughafen-Anwohner nicht! Immer mehr Flugbewegungen bringen immer mehr Lärm und Dreck, weitere Waldverluste, neue Flächenversiegelungen und steigendes Verkehrsaufkommen auf unseren Straßen.

Klar ist auch, der vergangene Widerstand wirkt natürlich noch in Wiesbaden. Aber spätestens nach

der Landtagswahl werden die Herrschaften konkreter werden.

Bei der Bevölkerung in der Region gibt es, neben dem Schock über die verbrecherischen Startbahn-Morde, die Resignation über einen verlorenen Kampf.

Notwendig wäre aber, daß sich der Widerstand über die neuen Startbahn-Planungen formiert. Hier gibt es erste erfreuliche Ansätze. So gab es Gespräche und Festlegungen zwischen verschiedenen Gruppen. Auch die Flughafen-Anrainer (Kreise und Städte) haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft „Flughafenausbau“ zusammengeschlossen. Sie wollen beim Ausbau mitreden.

Wie das „mitreden“ aussieht, wird sich zeigen. Sicher ist in jedem Fall, die Ausbau- und Erweiterungspläne sind so gigantisch, daß energisch **entgegengesteuert** werden muß. Die Region verträgt jedenfalls keine erneute Flughafenerweiterung. Rudi Hechler

**Schluß mit der Umweltzerstörung um den Flughafen!
Protest auch mit dem Stimmzettel!
Am 12. März '89 **DKP!****



Einen vollen Bürgerhaus-Saal gab es beim DKP-Konzert mit Hannes Wader. Die DKP Mörfelden setzte mit diesem Abend ihr Kulturprogramm fort. (Kleiner Nachsatz: die Vertreter der „Neuen Presse“ und der „Frankfurter Rundschau“ fanden es nicht für notwendig, über dieses Kulturereignis zu berichten. Dafür gibt's aber gelegentlich wieder ein Großbericht, wenn sieben Junge-Union-Leute ein Jubiläumsfest feiern!)

Wie ist die Situation am Flughafen heute — welche Pläne gibt es?

Dazu einige Fakten:

Flugbewegungen

Heute gibt es ca. 270 000 Starts und Landungen im Jahr. Geplant sind 313 000 Starts und Landungen.

Manchmal gibt es fast 1000 Flugbewegungen am Tag.

Pro Stunden sind 64 Flugbewegungen festgelegt. Diese Zahl soll durch neue technische Voraussetzungen auf 70 gesteigert werden.

Luftfracht

Angestiegen auf 950 000 Tonnen.

Beschäftigte

Ziviler Bereich: 45 000 (soll auf 55 000 steigen).

Passagiere

Heute gibt es über 23 Millionen Fluggäste im Jahr. In diesem Jahr erwartet man 25 Millionen, im Jahr 2000 denkt man an 31,8 Millionen (inoffiziell wird eine wesentlich höhere Zahl genannt).

Auf den 11 BRD-Flughäfen gab es 1987 insgesamt 62 Millionen Passagiere.

Erneute Waldverluste

Vor allem wegen der noch nicht abgeschlossenen Straßenbauplanungen sind die vorgesehenen Rodungen noch nicht vollständig einzuschätzen. Vorgesehen z. Z. 41 ha, davon bereits 23 ha gerodet.

Ausbauinvestitionen

Für das laufende Ausbauprogramm sind 5,3 Milliarden vorgesehen.

Zusammenhänge: Die Frankfurter Messe wird für 4,5 Milliarden ausgebaut. In Frankfurt gibt es 400 Banken. Rings um den Flughafen 26 Zentrallager der internationalen Computerindustrie.

Frankfurter Airport-Center

Heute 47 000 qm Bürofläche. Ziel: Der Flughafen soll noch mehr Drehscheibe der internationalen Finanzwelt werden.

Fluglärm

An der Meßstelle Schlichter in Mörfelden ist der äquivalente Dauerschallpegel von 57 dB(A) auf 60 dB(A) gestiegen. Dies ist eine Verdoppelung des Lärmes in kurzer Zeit.



Die DKP Mörfelden feierte ihren 20jährigen Geburtstag. Im Bürgerhaus fanden sich aus diesem Anlaß zahlreiche Bürger zusammen. Rudi Hechler, Mitbegründer der DKP, beschrieb die vergangenen 20 Jahre und ehrte die toten Kommunisten aus unserer Stadt. Auf dem Mörfelder Waldfriedhof wurden am nächsten Morgen zu ihrem Gedenken ein Kranz niedergelegt.

Nachtflugverbot

Auf dem Frankfurter Flughafen gibt es lediglich Nachtflugbeschränkungen. Die US-Airforce fliegt ungehindert, Kurierflugzeuge und der sogenannte Luftstern sind auch wenig von den Bestimmungen berührt. Heute gibt es ca. 71 Flugbewegungen pro Nacht. Die FAG drängt auf eine Aufweichung der Bestimmungen. Nach der Liberalisierung des Luftverkehrs im Jahre 1992 soll ein weiterer Anstieg der Nachtflüge erfolgen.

Aus der Flughafen-Bilanz

Bei den Einnahmen gibt es nur 32,9% durch Start- und Landegebühren. 36,4% kommen durch den Bodendienst herein und 20% durch Mieten und Konzessionen.

Aufkäufe

Der Flughafen betreibt eine intensive Bodenbevorratungspolitik. Obwohl für

den Quadratmeter Bauland bei uns heute ca. 400 Mark bezahlt werden müssen, wird im Umland aufgekauft was sich bietet. Im Gespräch ist auch der Aufkauf des gesamten MAN-Geländes in Gustavsburg.

„Nachbarschaftspflege“

Am Flughafen hat man gelernt. Heute will man das Umland rechtzeitig „ruhigstellen“. Vereine und andere Organisationen erhalten seit Jahren Geldspenden und andere Geschenke.

US-Air Base

Größe 364 ha, 10 000 Beschäftigte. Wird gerade für 22 Millionen Dollar ausgebaut. Im Südbereich entstehen neue Bunker. 500 000 Soldaten werden jährlich abgefertigt - 66 000 Tonnen Militärgüter umgeschlagen. Die Air Base ist Anlandeplatz und Kampfbasis. Sie ist Sprungbrett für US-Eingreiftruppen und einziger US-Luftbetankungsstützpunkt in der BRD.

Von der CDU/FDP-Regierung ist kaum noch Geld zu erwarten

Die evangelische Kirche von Mörfelden möchte sehr gerne einen neuen Kindergarten bauen. Der alte im evangelischen Gemeindehaus in der Kirchgasse wird bald 60 Jahre alt. Außerdem werden die Räume sowieso für die Gemeindearbeit benötigt. Das Gelände ist bereits gekauft und schließt sich an das alte Kindergartengelände an (früheres Fischer-Gelände im See), das somit einer nutzvollen Verwendung zugeführt wurde, denn eine weitere Bebauung dieses Geländes mit Wohnhäusern hätte zu Schwierigkeiten bei der Erschließung geführt. Der neue

Kindergarten wird an das Kirchengassen-Gelände angeschlossen und bringt nicht mehr Verkehr, da seither eine solche Einrichtung bereits besteht.

Woran es fehlt sind die versprochenen Landesmittel. Der Antrag ist schon vor längerer Zeit gestellt. Die Stadt hat kein Geld für Zuschüsse und vom Land werden nach der neuen Bezuschussungsrichtlinie pro Jahr der Stadt nur 85 000,— DM zugewiesen. Mehr ist nicht drin, sagt die hessische CDU. Wen die Stadt mit diesem Geld bezuschußt, wird vom Land nicht vorgeschrieben. Als Mörfelden den Kindergarten 7, am Steinweg, vor etwa 5 Jahren baute, erhielt sie noch 600 000,— DM Zuschüsse.

H. H.

Berichtigung

Von einem Mitglied des Heimatvereins erhielten wir einen Brief und von einem weiteren Bürger einen Anruf zum letzten „Mörfeldengestern“-Foto. Anscheinend waren wir bei dem letzten Bild mit den „Kerweburschen“ aus dem Jahre 1911 schlecht beraten.

Man teilte uns mit, die Scheune sei nicht, wie von uns vermutet, die der Gaststätte „Zum Rosengarten“, sondern die des „Goldenen Apfels“ und auch der „Kerwevadder“ sei nicht Schorsch Dammel III., sondern Johannes Hartherz.

Auch die Namen sämtlicher „Kerweborschen“ hat man richtig herausgefunden, die wir jedoch aus Platzmangel hier nicht alle abdrucken können.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.



Mörfelden gestern

Kinder mit Kindergärtnerin im Jahre 1929 vor dem damals noch einzigen Kindergarten in Mörfelden, nämlich dem der evangelischen Kirche in der Kirchgasse. Viele der heute etwa 63jährigen werden sich auf dem Bild erkennen.

An dem Kindergarten selbst konnte in den vielen Jahren seines Bestehens seit 1929 noch nicht allzuviel verändert werden. Deshalb hat auch die evangelische Kirche beschlossen einen neuen Kindergarten, im Anschluß an das Gelände, zu bauen. Nur an den Zuschüssen hapert es noch.